

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

### Aus dem Inhalt:

Diskussionsbeilage

Frauenblatt

Der Zusammenbruch in Zahlen

Hugenberg bei Schleicher

Um die 40-Stundenwoche

Dresdner SA-Fememord vor

sächsischem Landtag

Saalschlacht im Meißner Stadtparlament

## Junkerdiktatur siegt!

### Erhaltung bankrotter Großgrundbesitzer auf Reichskosten - Schleicher muß kuschen

Jetzt erst wird ganz klar ersichtlich, was der freche Junkervorstoß durch die bekannte Entschließung des Landbund-Vorstandes und durch die Unterredung mit Hindenburg bezweckte. Der Öffentlichkeit wurde von den Junkern auch hier wieder, wie schon so oft, vorgetäuscht, als ob es sich um die Notlage der Millionen von Mittel- und Kleinbauern handle. In Wirklichkeit aber ging es um dieselbe Frage, wagen der schon das Brüning-Kabinett auf so heintückische Art gestürzt wurde, nämlich darum, daß der vollkommen überschuldete und bankrotte Großgrundbesitz auf Kosten der Steuerzahler erhalten und die Siedlungspolitik verhindert wird.

Es bestehen bekanntlich bestimmte Regierungsversprechungen, wonach der als nicht mehr haltbar angesehene Großgrundbesitz der Versteigerung anheimfällt und für Siedlungszwecke vom Reich übernommen werden soll. Herr v. Schleicher hat bekanntlich in seiner großen Rundfunkrede vom 15. Dezember, wo er sein allgemeines Regierungsprogramm entwickelte, u. a. auch in Aussicht

gestellt, daß zirka 800.000 Morgen Land für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden. Diese 800.000 Morgen sind nichts anderes als die Ländereien des völlig bankrotten Großgrundbesitzes.

Diese Ankündigung ist es, die den Zorn der Junker erregt hat. Sie wollen ein gänzlich Verbot jeglicher Zwangsversteigerung der überschuldeten und finanziell längst nicht mehr haltbaren großen Güter. Das ist selbstverständlich nur möglich, wenn das Reich mit

neuen Hunderten von Millionen Mark einspringt und die Gläubiger befriedigt. Es bedeutet auch gleichzeitig, daß sämtliche Siedlungspläne fallen gelassen werden müssen, daß die vielen Tausenden von Siedlungsanwärtern erneut betrogen werden.

Die Führer des Landbundes wußten sehr wohl, was sie taten, als sie direkt zum Reichspräsidenten Hindenburg liefen und kategorisch dessen Eingreifen verlangten. Zweck und Ziel ihrer Unterredung bei Hindenburg war nichts anderes, als daß Hindenburg Herrn v. Schleicher wie einen Schuhputzer davonjagt, genau so, wie er es seinerzeit gegenüber Brüning getan hat. Und wie jetzt bekannt wird, hat daran auch nur sehr wenig gefehlt. Schleicher ist dem Schicksal

Brünnings nur entgangen, einmal weil er sich sofort bereit erklärte, alle Wünsche der Junker zu erfüllen, und zum anderen, weil die Landbundführer durch ihre taktisch ungeschickte Resolution sich in eine sehr ungünstige Position nach außen gesetzt und das Großkapital gegen sich mobilisiert haben.

Die Liquidierung „der Krise“ ist aber ein voller Sieg des Junkertums.

Herr v. Schleicher darf zwar öffentlich den Enttäuschten spielen, ist aber vom Reichspräsidenten befehlsmäßig gezwungen, schon in den nächsten Tagen neue Notverordnungen zu erlassen, durch die jede Zwangsversteigerung von Großgrundbesitz verhindert und die dafür notwendigen Mittel aus der Reichskasse auf irgendeine Art zur Verfügung gestellt werden.

Die Not von 20 Millionen Proletariern mit ihren Familien und weiteren Millionen von Kleinbauern und Mittelständlern schreit zum Himmel hierfür hat man bestenfalls halbherzige Trostworte, aber praktisch keine Steuern, neuen Lohnabbau, Gummiknüppel und Zuchtstauden. Den bankrotten Junkern jedoch, die das Vermögen aus ihren Riesengütern verpfändet und verschleudert haben, werden immer neue Milliarden in den Rachen gesteckt. Das ist das heutige Hindenburg-Deutschland!

## An welchem Punkt der Krise stehen wir?

Von Fritz Sternberg

Warum halten die meisten Prophezelungen über die weitere Entwicklung der Krise einer gründlichen Kritik nicht stand? Weil immer noch, obwohl die Krise nun über drei Jahre dauert, mit Analogievorstellungen aus dem Verlauf der Vorkriegskrisen gearbeitet wird. Aber gerade die nähere Analyse zeigt, daß diese Krise in ihrem Ablauf wesensverschieden von früheren Krisen ist und so die Analogievorstellungen versagen müssen. Das haben auch allmählich die Bearbeiter der „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“ erkannt. Nachdem sich ihre Prognosen immer wieder als falsch herausgestellt haben, suchen sie sich im letzten Bericht ein Alibi zu schaffen. In der Untersuchung über Deutschland findet sich ein Abschnitt mit der schönen Überschrift: „Phasenschematismus“. Es heißt da: „Zunächst kann keine Rede davon sein, daß die Feststellung der Position, die eine Volkswirtschaft im Konjunkturzyklus erreicht hat, ausreichend ist für die Kennzeichnung auch der künftigen Entwicklung. Zu viele außerökonomische (!) Einflüsse sind wirksam, um den Konjunkturverlauf als Ausfluß einer strikten Periodizität des Wirtschaftslebens betrachten zu können. An sich ist es daher nicht ausgeschlossen, daß ein Rückfall (!) in eine vorangegangene Konjunkturstufe erfolgt, oder daß sich der Übergang zur nächsten Etappe ohne eigentlichen Übergang vollzieht.“

Nun hat man, was man braucht. Wenn die Besserung der Konjunktur prophezeit wurde und sie tritt ein, dann hat man recht gehabt. Ergibt sich aber eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Spannungen, dann hat man das auch vorausgesagt. Denn man hat ja ausführlich erklärt, daß „ein Rückfall in eine vorangegangene Konjunkturstufe“ erfolgen kann. Mit dieser Art „Wissenschaftlichkeit“ kann alles bewiesen werden — und wird heute alles bewiesen. Halten wir uns daher lieber an die konkreten, realen Tatbestände.

Wie spielte sich früher der Umschwung von dem Tiefstand der Krise zu einer gewissen Ankerbelung der Produktion ab? In der Krise wurden unter der verschärften Konkurrenz die unmodernsten, schlechten, zu wenig rationalisierten Betriebe automatisch ausgeschaltet, nur die modernsten, lebensfähigsten blieben übrig. Produktion und Absatz gingen zurück; die Betriebe, die noch in Gang waren, machten Profit; das Kapital, das sich aus dem Profit bildete, wurde zunächst stark angelegt, weil man noch nicht genügend Vertrauen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft hatte. Infolgedessen ergab sich nach einiger Zeit eine immer stärkere Geldflüssigkeit. Die Zinssätze für kurzfristiges Kapital gingen immer mehr zurück. Und wenn diese Entwicklung ein gewisses Ausmaß erreicht hatte, dann waren es diese geringen Zinssätze, die es den Unternehmern nahe legten, größere Kapitalien neu in den Betrieben zu investieren, da infolge der billigen Zinssätze die Rentabilität immer größer wurde. Neue Investitionen der Unternehmer führten zu einer stärkeren Beschäftigung der Arbeiterschaft, erweiterten so den Konsum. Und da der Umschwung nicht auf ein einzelnes Land beschränkt blieb, sondern allmählich die gesamte Weltwirtschaft umfaßte, stieg nicht nur der Absatz der Produktionsindustrien infolge der Investitionen der Unternehmer, stieg nicht nur der Absatz der Konsumindustrien infolge der wachsenden Beschäftigungszahl der Arbeiterschaft, sondern stieg auch die Produktion der Exportindustrien, da im Anschluß an die Aufwärtsentwicklung auf den Weltmärkten der Außenhandel zunahm.

Wie steht es heute? Fraglos ist auf den Geld- und Kapitalmärkten eine gewisse Entspannung eingetreten. Die Betriebe, die noch arbeiten, machen auch heute noch Profit, und da das Kapital bisher nur in einem verschwindenden Umfange zu Neuinvestitionen verwandt wird, herrscht eine starke Geldflüssigkeit; die Zinssätze für tägliches Geld sinken immer stärker, und wenn man den Krisenablauf analog dem Ablauf früherer Krisen beurteilt, ergibt sich aus der Betrachtung der Geld- und Kapitalmärkte, daß der Tiefpunkt der Krise bereits eingetreten ist. Aber die

## Der Zusammenbruch in Zahlen

### Optimistische Ministerreden im Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wird der Etat beraten. Dabei tritt der ganze wirtschaftliche Zusammenbruch des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie der rückwärtige Abbau der Gehälter und der Sozialleistungen in Erscheinung. Die Herren Minister sind bestrebt, in großen Reden die Dinge zu vernebeln und in Optimismus zu machen.

Am Freitag, den 13. Januar, hielt der Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk eine große Rede, in der er im wesentlichen die Zahlen und Angaben ergänzte, die er vor einigen Tagen in seiner ersten Rede vor dem Haushaltsausschuß hielt und die wir in der „SAZ“ vom 12. Januar schon behandelten. Wichtig an seiner gestrigen Rede sind die Angaben über die katastrophale Entwicklung der Gemeindefinanzen. Er erklärte dabei, daß bei den Ländern und Gemeinden gegenüber 1930 ein

Einnahmerückgang an Steuerüberweisungen und eigenen Steuern von 2500 Millionen Mark

zu verzeichnen sei. Zu diesem Ausfall an Steuern komme noch eine Erhöhung bei den Wohlfahrtslasten. Allerdings seien die Personalausgaben bei den Ländern und Gemeinden gegenüber 1929 um 1,6 Milliarden (das ist Lohn- und Gehaltsabbau), die sachlichen Ausgaben um 3,5 Milliarden zurückgegangen, was naturgemäß eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt habe. Auf Grund von Schätzungen werde sich der

Fehlbetrag bei den Ländern und Gemeinden für das Jahr 1932 auf 1,5 Milliarden belaufen.

Reserven seien im allgemeinen nicht mehr vorhanden. (Also eine aussichtslose Pleite.)

Am Donnerstag, den 12. Januar, sprachen Reichsarbeitsminister Dr. Syrup über die Lage der Sozialversicherung und Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold über die augenblickliche wirtschaftliche Situation und ihre Aussichten.

Dr. Warmbold führte aus:

Die dritte Phase der Weltkrise, die als bald nach Abschluß der Reparationskonferenz von Lausanne einsetzte, brachte eine Wiederkehr des Vertrauens zu Deutschland. Kennzeichnend hierfür ist der seitliche stetige Anstieg der Kurse der langfristigen deutschen Anleihen im Ausland. Gleichzeitig war zum erstenmal eine Umkehr der Preisbewegung festzustellen.

Diese Anzeichen berechtigten zu der Auffassung,

daß die Abwärtsbewegung in der Weltwirtschaft sich ihrem Ende nähert (!!).

Deutschland war nun vor die Entscheidung gestellt, ob es die Entwicklung sich selbst überlassen oder durch außerordentliche Maßnahmen die Aufwärtsbewegung verstärken sollte. Die Entscheidung fiel im Sinne einer aktiven Wirtschaftspolitik. Im Zeitpunkt der erreichten tiefsten Depression kann sehr wohl der natürliche, langsame Konjunkturanstieg durch staatliche Maßnahmen verstärkt werden. Für den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit sind folgende repräsentative Zahlen kennzeichnend: Die Kennziffer der deutschen industriellen Produktion (1929 gleich 100), die im ersten Vierteljahr 1931 69, im zweiten Vierteljahr 1931, vor der Bankenkrise, sogar auf 74 gestiegen, dann aber in stetigem Abfall bis zum August 1932 auf 52 gesunken war, ist seitdem über 55,7 im September, 60,0 im Oktober, auf 63,6 im November 1932 stetig gestiegen und mag im Dezember 65 erreicht haben. (Was dazu zu sagen ist, wird in unserem heutigen Leitartikel vom Genossen Sternberg dargelegt.)

Zum Schlusse umriß der Minister die zukünftigen Aufgaben.

Der Weg, den die Welt und Deutschland zurückzulegen haben, um zu einer besseren Lage des Beschäftigungsgrades, des Kapitalmarktes und des Kreditverkehrs zu gelangen, ist weit. Er kann etwas abgekürzt werden, wenn es gelingt, auf dem Ge-

biets der Schuldenregelung, des Warenverkehrs, der Zwangsbewirtschaftung, des Zahlungsverkehrs und der Stabilisierung der Währungen schnelle und wirksame Regelungen zu erzielen.

Nach der Rede des Wirtschaftsministers Warmbold gab Reichsarbeitsminister Dr. Syrup den angekündigten Ueberblick über die

Lage der Sozialversicherung.

Er führte u. a. aus: Die Einnahmen der Sozialversicherung, die 1929 noch 4,3 Milliarden betragen, sanken 1931 auf 3174 Millionen und 1932 auf 2660 Millionen, so daß zwischen 1929 und 1932 ein Rückgang um rund 1,6 Milliarden eingetreten ist. Von 1931 auf 1932 beträgt der Rückgang etwa 514 Millionen. Den gesunkenen Einnahmen stehen natürlich auch gesunkene Ausgaben gegenüber. Im Jahre 1932 ergibt sich gegenüber 1929 ein Ausgaberrückgang von 927 Millionen. Gegenüber dem Jahre 1931 beträgt er allein 651 Millionen.

Diese Senkung der Ausgaben war nur möglich durch einen ganz ungewöhnlich schweren Eingriff in die Leistungen während des letzten Jahres.

Der Minister behandelte dann die Arbeitslosenhilfe,

und zwar zusammen die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsfürsorge. Die Ausgaben betragen hier im Rechnungsjahr 1929 1757 Millionen, sie stiegen 1930 auf 2778 Millionen, 1931 auf 3147 Millionen. 1932 werden die Ausgaben 2835 Millionen betragen. In diesem letzten Betrag stecken auch die Mehrausgaben für die Gewährung der Winterzulage in Höhe von 67 Millionen, für den Fortfall der Aussteuerung in der Krisenfürsorge in Höhe von 55 Millionen und weitere Ausgaben für den freiwilligen Arbeitsdienst in den Wintermonaten in Höhe von 25 Millionen.

In der Öffentlichkeit ist stark erörtert worden, daß

die Einnahmen der Reichsanstalt größer sind als die Ausgaben.

Da die Ausgaben 721 Millionen und die Einnahmen aus Beiträgen 1020 Millionen betragen, ist tatsächlich ein rechnungsmäßiger Ueberschuß von 300 Millionen vorhanden. Diese bleiben aber keineswegs als Notstock der Reichsanstalt liegen, sondern werden restlos abgeführt, und zwar 50 Millionen für Gemeindefürsorge und der Rest für die Krisenfürsorge.













